

Niederschrift

über die Sitzung am Dienstag, 22.11.2011
im Kreishaus Borken,
Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)

Anwesend:

Vorsitz:

Frau Barbara Büscher 48703 Stadtlohn

Mitglieder:

Frau Bernadette Aehling	46325 Borken	
Frau Dr. Mariele Averkamp	48734 Reken	
Herr Arno Berning	46348 Raesfeld	
Herr Martin Huesmann	48683 Ahaus	
Herr Günter Kendzierski	48599 Gronau	
Herr Reimar Ohström	48599 Gronau	
Frau Stephanie Pohl	48712 Gescher	
Frau Uta Röhrmann	46399 Bocholt	
Herr Peter Schemitzek	48599 Gronau	
Frau Ursula Schulte	48691 Vreden	(bis 17.30 Uhr)
Frau Silke Sommers	46399 Bocholt	
Frau Gerti Tanjsek	46397 Bocholt	Vertretung für Herrn Michael Hertz
Frau Marita Wagner	48599 Gronau	
Frau Christel Wegmann	46414 Rhede	
Frau Gertrud Welper	48691 Vreden	Vertretung für Herrn Herbert Krause (bis 17.30 Uhr)
Herr Andreas Wethmar	48691 Vreden	Vertretung für Herrn Josef Leinen (bis 17.30 Uhr)

Vertreter/innen der Verwaltung:

Herr Dr. Ansgar Hörster
Herr Reinhard Groschke
Herr Dr. Gerhard Ettliger
Frau Annette Scherwinski
Frau Susanne Lökes
Frau Reinhild Wantia
Herr Jürgen Bietenbeck

Gäste:

Herr Wolf Ulrich Batzler von der Epidemiologischen Krebsregister NRW GmbH (Referent zu TOP 1)
Herr Dr. Oliver Heidinger, Geschäftsführer der Epidemiologischen Krebsregister NRW GmbH

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzende Büscher eröffnet um 15:40 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen, insbesondere die Referenten zum TOP 1 und die Vertreter der Presse.

Sie stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist. Einwendungen gegen die Tagesordnung und die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

**Punkt 1: Bericht des Krebsregisters NRW, Münster
Vortrag Herr Wolf Ulrich Batzler**

Herr Wolf Ulrich Batzler von der Epidemiologischen Krebsregister NRW GmbH sowie deren Geschäftsführer, Herr Dr. med. Oliver Heidinger, informieren die Ausschussmitglieder über die Aufgaben des Epidemiologischen Krebsregisters und über die Erkenntnisse zu Krebserkrankungen in den 17 Städten/Gemeinden im Kreis Borken. Die gezeigten Folien sind als Anlage 1 der Niederschrift beigefügt.

Zusätzlich wurde für die anwesenden Ausschussmitglieder der erst am 18.11.2011 an das Land NRW übermittelte *Report 2011 mit Datenbericht 2009* ausgelegt.

Vorsitzende Büscher dankt den Referenten für die aufschlussreichen Ausführungen.

Die Anfrage von Frau Tanjsek, wie viele Frauen prozentual an dem seit 2006 durchgeführten Mammographie-Screening teilgenommen haben, soll im Protokoll beantwortet werden.

Antwort: siehe Anlage 2 der Niederschrift

**Punkt 2: SGB II: Menschen mit Behinderungen / Psychische Erkrankungen
Vorlage: 0266/2011**

Berichterstatterinnen: Frau Lökes
Frau Wantia

Frau Lökes erläutert nochmals die vom Arbeitskreis *Gender SGB II* erstellten Analysen, Auswertungen und Ergebnisse der Dokumentation bezüglich der Notwendigkeit eines Handlungskonzeptes zur Verbesserung der Eingliederung von Menschen mit psychischen Erkrankungen in das Arbeitsleben. Die gezeigten Folien sind als Anlage 3 der Niederschrift beigefügt.

Vorsitzende Büscher dankt allen Akteuren für die umfangreiche Dokumentation und lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

1. Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt die Dokumentation zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Handlungskonzept zur Verbesserung der Eingliederung in das Arbeitsleben für Menschen mit psychischen Erkrankungen einschließlich Finanzbedarf zu erstellen.

Punkt 3: SGB II: Budgetplanung 2012
Vorlage: 0267/2011

Berichterstatterin: Frau Lökes

Frau Lökes erklärt, dass sie nichts Neues zur Sitzungsvorlage berichten könne. Der Vermittlungsausschuss habe seine Entscheidung am 08.11.2011 auf den 22.11.2011 vertagt.

Herr Dr. Hörster ergänzt, dass man sich mit dem Thema intensiv im SGB II-Beirat befasst habe. Die Mitteleinschränkungen aus 2011 würden sich in 2012 fortsetzen. Man befinde sich heute auf dem Niveau von 2007 vor der Wirtschaftskrise. Die Mitteleinschränkungen seien insofern vor dem Hintergrund der anziehenden Wirtschaft zu verstehen.

Frau Schulte bittet um Mitteilung, inwieweit sich seit 2005 die Zahl der Mitarbeiter in den Jobcentern des Kreises Borken und die damit verbundenen Kosten entwickelt haben. Eine Antwort im Protokoll wird zugesagt.

Antwort: siehe Anlage 4 der Niederschrift

Hinsichtlich des Personalaufwandes in den Jobcentern im Kreis Borken wird von Herrn Dr. Hörster und Herrn Groschke ausgeführt, dass der Arbeitserfolg unmittelbar mit einer guten Arbeit in den Jobcentern verbunden sei. In diesem Zusammenhang berichtet Herr Dr. Hörster über erfolgreiche Initiativen des Jobcenters Bocholt. Ein entsprechender Zeitungsartikel ist als Anlage 5 der Niederschrift beigelegt.

Herr Groschke weist darauf hin, dass der Kreis Borken selbst als auch die Städte und Gemeinden die Aufgaben aus dem SGB II mit einem sehr niedrigen Personalschlüssel, auch in Bezug auf Fallmanager und Arbeitsvermittler, erledigen. Diese Aussage werde durch die Ergebnisse im bundesweiten Benchmarking bestätigt.

Auf Nachfrage von Frau Wegmann zum Bereich *Bürgerarbeit* wird zugesagt, die Ausführungen zur *Bürgerarbeit* im SGB II-Beirat (Sitzungsvorlage und Präsentation) dem Protokoll beizufügen (Anlage 6 zur Niederschrift).

Zum Schluss der Diskussionen lässt Vorsitzende Büscher über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt den Bericht zur Budgetplanung 2012 zur Kenntnis.

Punkt 4: Umsetzung der Leistungen für Bildung und Teilhabe
1. Bericht zur Umsetzung
2. Umsetzung der Schulsozialarbeit im Rahmen von Bildung und Teilhabe
3. Verwaltungskosten für die Erbringung von Bildungs- und Teilhabeleistungen
4. Berechnung zur Verteilung der Finanzmittel an die kreisangehörigen Städte/Gemeinden
Vorlage: 0268/2011

Berichterstatte:r: Kreisdirektor Dr. Hörster

Herr Dr. Hörster stellt fest, dass die Sitzungsvorlage noch den aktuellen Sachstand wiedergibt.

Frau Tanjsek fragt zum Bereich *Lernförderung* (Seite 3 der Sitzungsvorlage) nach, unter welchen Voraussetzungen und in welchem Umfang die Förderung erfolgt. Es wird zugesagt, zur Beantwortung der Fragen, die Ausführungen des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen in seiner Arbeitshilfe: *Bildungs- und Teilhabepaket* zu diesem Thema dem Protokoll beizufügen (Anlage 7 der Niederschrift).

Vorsitzende Büscher lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Bericht zur Umsetzung der Leistungen für Bildung und Teilhabe im Kreis Borken wird zur Kenntnis genommen. Der Weitergabe der Finanzmittel für Schulsozialarbeit und der Verwaltungskosten im Zusammenhang mit den Leistungen für Bildung und Teilhabe wird zugestimmt.

**Punkt 5: 2. Controllingbericht 2011 für die Fachbereiche 50 - Soziales - und 53 - Gesundheit -
Vorlage: 0269/2011**

Berichterstatter: Herr Groschke
Frau Scherwinski

Frau Röhrmann fragt nach, aus welchem Grund es voraussichtlich zu einer 40 %igen Erhöhung der Anzahl der betreuten autistischen Kinder kommen werde. Eine Antwort im Protokoll wird zugesagt.

Antwort: siehe Anlage 8 der Niederschrift

Vorsitzende Büscher lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt die Ergebnisse des 2. Controllingberichtes für die Fachbereiche 50 – Soziales – und 53 – Gesundheit – zum 30.09.2011 zur Kenntnis.

**Punkt 6: Erlass einer Delegationssatzung über die Durchführung der Bildungs- und Teilhabeleistungen für kinderzuschlags- und wohngeldberechtigte Kinder
Vorlage: 0270/2011**

Berichterstatter: Kreisdirektor Dr. Hörster

Vorsitzende Büscher lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit empfiehlt dem Kreistag den Beschluss der als Anlage beigefügten Satzung über die Durchführung der Bildungs- und Teilhabeleistungen für kinderzuschlags- und wohngeldberechtigte Kinder.

Punkt 7: Änderungen der Delegationssatzung über die Durchführung der Sozialhilfe nach dem SGB XII im Kreis Borken
Vorlage: 0271/2011

Berichterstatter: Kreisdirektor Dr. Hörster

Vorsitzende Büscher lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit empfiehlt dem Kreistag den Beschluss der als Anlage beigefügten Satzung zur Änderung der Satzung vom 20.01.2005 über die Durchführung der Sozialhilfe nach dem SGB XII.

Punkt 8: Änderung der Satzung über die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II im Kreis Borken
Vorlage: 0272/2011

Berichterstatter: Kreisdirektor Dr. Hörster

Vorsitzende Büscher lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit empfiehlt dem Kreistag den Beschluss der als Anlage beigefügten Satzung zur Änderung der Satzung vom 17.11.2006 über die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II.

Punkt 9: Mitteilungen der Verwaltung

Punkt 9.1: Abbau einer gemeinsamen Service-Stelle zur Rehabilitation in Bocholt

Auf Anfrage von Frau Welper aus der vorherigen Sitzung teilt Herr Goschke folgendes mit:

Auf Grund der Neuregelung des SGB IX in 2002 sei bei der *BKK Gesundheit* in Bocholt eine gemeinsame Beratungsstelle „Gemeinsame Servicestelle für Rehabilitation“ eingerichtet worden.

Im Rahmen der Fusion der Betriebskrankenkassen zur *BKK vor Ort* sei diese Beratungsstelle jetzt aufgelöst worden. Im Laufe der Jahre habe sich gezeigt, dass eine Inanspruchnahme der Beratungsstelle nicht erfolgt sei.

Punkt 10: Anfragen

**Punkt 10.1: Anfrage der SPD-Fraktion vom 04.11.2011
- Projekt "Leben im Alter - neu denken"
Vorlage: 0293/2011**

Die schriftliche Anfrage der SPD-Fraktion vom 04.11.2011 zum Projekt „Leben im Alter neu denken“ wurde schriftlich beantwortet. Die Antwort war der Einladung zur Ausschusssitzung beigefügt.

**Punkt 10.2: Anfrage der SPD-Fraktion vom 04.11.2011
- Obdachlosigkeit
Vorlage: 0294/2011**

Die schriftliche Anfrage der SPD-Fraktion vom 04.11.2011 zum Thema „Obdachlosigkeit“ wurde schriftlich beantwortet. Die Antwort war der Einladung zur Ausschusssitzung beigefügt.

Punkt 10.3: Schutz vor Legionellen

Vorsitzende Büscher nimmt Bezug auf die zum 01.11.2011 in Kraft getretene novellierte Bundes-Trinkwasserverordnung (TrinkwV 2001), deren wichtigste Änderungen ein neu festgelegter technischer Maßnahmenwert für Legionellen und eine Untersuchungs- und Anzeigepflicht sind.

Unternehmer oder Inhaber von Großanlagen zur Warmwasseraufbereitung mit einem Fassungsvermögen von 400 Litern und mehr haben nach der neuen Verordnung den Bestand dem zuständigen kommunalen Gesundheitsamt anzuzeigen. Der Untersuchungspflicht müssen sie ohne weitere Aufforderung durch das Gesundheitsamt selbständig nachkommen. Der Fachbereich Gesundheit hat auf seiner Homepage entsprechende Informationen und ein Anmeldeformular eingestellt. Die Betreiber sind verpflichtet, alle Untersuchungsergebnisse schriftlich zu dokumentieren. Spätestens zwei Wochen nach Abschluss der Untersuchung sind die Ergebnisse an das Gesundheitsamt zu schicken.

Wird ein technischer Maßnahmenwert erreicht oder überschritten, ist der Betreiber dazu verpflichtet, das zuständige Gesundheitsamt unverzüglich zu informieren. Dabei ist es sinnvoll, das untersuchende Labor mit der Meldung der Ergebnisse an das zuständige Gesundheitsamt zu beauftragen, damit gewährleistet ist, dass beim Überschreiten von Grenzwerten eine unmittelbare Meldung erfolgt. Werden die nach TrinkwV 2001 festgelegten Parameter nicht eingehalten, ordnet das zuständige Gesundheitsamt umgehend die erforderlichen Maßnahmen an.

Vorsitzende Büscher bittet um Auskunft, inwieweit schon Meldungen erfolgt seien.

Frau Scherwinski erklärt, dass bislang rund 100 Anzeigen beim Fachbereich Gesundheit eingegangen seien.

Vorsitzende Büscher schließt die Sitzung um 18:00 Uhr und wünscht allen Anwesenden eine schöne Adventszeit.

Barbara Büscher
Vorsitzende

Jürgen Bietenbeck
Schriftführer